

ULRICH HERBERT

## Woher kam der Judenhass?

Antisemitismus in Deutschland, 1900 bis 1938

1.

Das Deutsche Kaiserreich hat einen schlechten Leumund. Es gilt als Obrigkeitsstaat, in dem Arbeiter unterdrückt, das Militär hofiert und der deutsche Untertan gezüchtet wurde. Das ist alles nicht falsch, aber es unterschlägt doch, dass das Deutsche Kaiserreich neben den USA der in nahezu jeder Hinsicht erfolgreichste Staat der drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg war. Wirtschaftlich stieg es in dieser Zeit zur Nummer zwei oder drei in der Welt auf, wissenschaftlich war Deutschland das unangefochtene Vorbild, hier gab es die meisten Theater, die berühmtesten Komponisten – und die am stärksten wachsende Hauptstadt, über die 1892 ein Besucher aus den USA schrieb:

Es ist eine neue Stadt, die neueste, die ich je gesehen habe. Chicago nähme sich dagegen ehrwürdig aus, denn es gibt viele altaussehende Bezirke in Chicago, in Berlin jedoch nicht viele. Die Hauptmasse der Stadt macht den Eindruck, als sei sie vorige Woche erbaut worden.<sup>1</sup>

Die Bauwut in Berlin um die Jahrhundertwende beeindruckte diesen Zeitgenossen, es war Mark Twain, ebenso wie die meisten anderen Besucher – ganze Stadtteile entstanden innerhalb weniger Jahre, das Verkehrsaufkommen vervielfachte sich, atemloses Tempo bestimmte das Leben.

Mit den Erfolgen wuchs der Stolz der Bewohner dieses Landes auf den schier unglaublichen Aufstieg des ja gerade erst gegründeten deutschen Nationalstaats, auch die Begeisterung über technische Neuerungen und die erreichte „Weltgeltung“. Aber die damit einhergehenden beschleunigten Wandlungsprozesse in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und öffentlichem Leben in diesen so dynamischen Jahren zogen nicht nur krisenhafte und nicht voraussagbare konjunkturelle Schwankungen nach sich, sondern auch soziale Statusängste, Verunsicherung und ein verbreitetes Empfinden des Leidens an den Auswirkungen von urbaner Zivilisation und kultureller Moderne. Da wurde der Bezug auf feste

<sup>1</sup> Mark Twain: Das deutsche Chicago, in: ders.: Der berühmte Springfrosch der Provinz Calaveras und andere Erzählungen, Frankfurt am Main 1985, S. 119–135, hier S. 119. Zum Folgenden s. ausf. Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Gemeinschaften immer wichtiger, so etwa die Kirche für die gläubigen Protestanten und Katholiken, die Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, für die neue Klasse der Proletarier – vor allem aber, und für fast alle, die Nation. Sie vermittelte in Deutschland (wie auch in anderen sich industrialisierenden Ländern) ein Gefühl der natürlichen Zugehörigkeit, durch das die empfundene Irritation durch die moderne Industriegesellschaft überwunden und Zukunftsängste und Orientierungsverlust kompensiert werden konnten.

Der Nationalismus wirkte so wie ein Antidot gegen viele, wenn nicht alle Beschwerden und Beängstigungen: das Leiden an sozialer Zerrissenheit und politischer Kontroverse, die Resignation vor der Kompliziertheit der modernen Welt, die Suche nach Erlösungsperspektiven und quasi-religiösem Halt. Zugleich vermittelte er aber auch die neue Erfahrung des Rausches einer Massenveranstaltung oder die neu erwachte Lust an der wachsenden Macht eines großen Nationalstaats.

Und bald wirkte der neue Nationalismus auch nach außen: das ganze Deutschland sollte es sein, nicht nur die kleindeutsche Variante Bismarckscher Art. Und schon daraus folgte, dass für die Zugehörigkeit zum deutschen Nationalstaat nicht die formale Staatsbürgerschaft entscheidend sei, sondern die Kategorie des Volkes, des deutschen Volkes, das über verschiedene Staaten Europas hinweg verstreut sei und nach staatlicher Einheit verlange. Eine solche Definition des Deutschen durch „Blut“ und „Rasse“ enthielt zugleich eine Wendung gegen die Staatsbürger, die nicht deutschen Blutes waren: die Polen zum Beispiel, vor allem aber die Juden, denn nirgends sonst ließ sich die Differenz zwischen politischer Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit so deutlich demonstrieren wie an jener Minderheit, die zwar die formale Gleichheit als Bürger erreicht hatte, aber im völkischen Sinne dennoch nicht dazu gehörte. So konnte man zwar nicht genau sagen, wer als Deutscher galt – was war etwa mit denen, die vor Jahrzehnten nach Amerika oder vor noch längerer Zeit nach Russland ausgewandert waren; aber doch, wer nicht dazu gehören sollte. Der hier aufkommende neue Antisemitismus bezog sich denn auch nicht mehr, wie der alte, auf religiöse Differenz und die Tradition des christlichen Judenhasses, sondern zunehmend auf eine postulierte biologische – „rassische“ – Andersartigkeit der Juden. Solche Vorstellungen verbreiteten sich seit den 1890er Jahren auch in solchen gesellschaftlichen Schichten, in denen der Antisemitismus zuvor keine große Rolle gespielt hatte, insbesondere im Bildungsbürgertum, bei

Intellektuellen und Künstlern, wo er sich mit der Kritik an Zivilisation und Kultur der modernen Gesellschaft verband.<sup>2</sup>

Ein recht typisches Beispiel dafür ist Ludwig Klages, einer der Modephilosophen des späten Kaiserreichs. Er kritisierte in aufwühlenden Schriften die moderne Gegenwart als Ort des sich apokalyptisch zuspitzenden Verfalls und „die Geschenke des ›Fortschritts‹, ... Branntwein, Opium, Syphilis, rauchende Schlotte, Getöse des Straßenlärms und taghelle Nächte“, ebenso wie „Gassenhauer, Operettenmelodie und Kabarett“ – das ursprüngliche, naturbezogene Leben sei verloren.<sup>3</sup>

Ausschlaggebend für die Entfremdung der Menschen vom „Leben“ aber sei der Einfluss einer nicht aus der Tradition des Volkes schöpfenden, ihm fremden ethnisch-religiösen Gruppe – der Juden: „Wir halten diejenigen Kräfte und Werke, durch welche die moderne die alte Welt zu überbieten wähnt, einschließlich des gepriesenen Fortschritts und der uniformierten Gesittung für eine Anzettelung wesentlich des Judaismus“, schrieb Klages im Jahre 1900.<sup>4</sup> Psychologisch trete der Jude als Typus des „modernen Hysterikers“ auf, gekennzeichnet durch Eigenschaften wie „Geltungsbedürfnis“, „Eitelkeit“, „greller Aufputz des Äußeren“, „renommierender Hochmut“. Seinen Niederschlag finde das im „Wachsen der literarischen Sintflut“, in „Reklame“, „Zeitungsärm“ und dem „von persönlichstem Klatsch durchsetzten Parteilieben“: „Hier zeigt sich der Einschlag einer neuen, zähen, aber qualitätlosen Lebendigkeit, die getragen wird vom unaufhaltsam empordrängenden Element eines entarteten Semitismus.“<sup>5</sup> Die Juden stehen hier als Symbole der neuen, modernen, industriellen Welt. In ihnen fanden rastlose Esoteriker wie Klages ein fixierbares Objekt ihrer Verfalls- und Degenerationsobsessionen. Aber dominierend war das nicht – der Antise-

<sup>2</sup> Viktor Karády: Gewalterfahrung und Utopie. Juden in der europäischen Moderne, Frankfurt am Main 1999, S. 174–202; Shulamit Volkov (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne, München 1994, S. 1–8; Steven M. Lowenstein u.a.: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, S. 193–277; Werner Jochmann: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988, S. 30–98.

<sup>3</sup> Ludwig Klages: Mensch und Erde [1913], in: ders.: Sämtliche Werke. Philosophie III, Bd. 3, Bonn 1974, S. 614–636, zit. S. 616, S. 621, S. 623; Per Leo: Der Wille zum Wesen. Weltanschauungskultur, charakterologisches Denken und Judenfeindschaft in Deutschland 1890 – 1940, Berlin 2013; Hans-Joachim Lieber: Kulturkritik und Lebensphilosophie. Studien zur Deutschen Philosophie der Jahrhundertwende, Darmstadt 1974; Jens Brinkmann: Ludwig Klages Lebensphilosophie seit der Jahrhundertwende, MA., Freiburg i.Br. 2003.

<sup>4</sup> Ludwig Klages, Heidnische Feuerzeichen. Aufruf zur Wahrung und Förderung heidnischer Lebenselemente [1900], zit. n. Brinkmann, Ludwig Klages, S. 79.

<sup>5</sup> Ludwig Klages, Typische Ausdrucksstörungen und der hysterische Charakter [1904], in: ders., Sämtliche Werke, Graphologie I, Bd. 7, S. 83–118, zit. S. 87–89, S. 92 f., S. 94.

mitismus war angesichts der Vielzahl der politisch-kulturellen Bewegungen dieser Jahre weit davon entfernt, das kulturelle Leben um die Jahrhundertwende zu bestimmen. Von Bedeutung ist hierbei vielmehr die enge und offenbar leicht zu ziehende Verbindung von Modernekritik und Antisemitismus, die sich als anschlussfähig in viele Richtungen erwies.

Vergleicht man die hier skizzierte Entwicklung mit derjenigen in anderen europäischen Ländern, so wird man zunächst das allen sich industrialisierenden europäischen Gesellschaften Gemeinsame hervorheben müssen: Die Suche nach Vertrautheit und Orientierung angesichts einer sich schnell wandelnden Umwelt finden wir in Frankreich, den Niederlanden, in Österreich, Italien, Großbritannien oder gar Russland ebenso wie in Deutschland, wenngleich mit spezifischen Varianten. Auch die Verbindung von Modernekritik und Reformbewegungen, Arbeiterbewegung und radikalem Nationalismus, Statusangst und Antisemitismus trat in anderen Ländern sogar noch stärker hervor als in Deutschland – in Russland vor allem, auch in Österreich. Und wer 1913 hätte voraussagen müssen, in welchem europäischen Land zwanzig Jahre später eine radikale, mörderische Antisemitenpartei an die Macht kommen würde, der hätte wohl auf Russland gesetzt oder eher noch auf das durch die Affäre um den jüdischen Offizier Dreyfus zerrissene Frankreich. Aber nicht auf Deutschland.

Aber ohne Zweifel gab es auch hier schon vor Beginn des Ersten Weltkriegs Zeichen der Radikalisierung. Nachdem die Sozialdemokraten 1912 bei den Reichstagswahlen zur stärksten Partei geworden waren – als erste Arbeiterpartei weltweit –, formierte sich auf der Rechten eine radikale Sammlungsbewegung, die sich in extremer Weise gegen die Sozialdemokratie, gegen die kulturellen Begleiterscheinungen der Moderne und für einen hitzigen Nationalismus einsetzte, der an seinen Rändern nun „völkisch“ wurde. Das bedeutete, dass nicht mehr Wohnort, Kultur oder Sprache als Kennzeichen des Deutschen genommen wurden, sondern Abstammung. Diese Haltung richtete sich zum einen gegen Ausländer, die in Deutschland lebten, vor allem die polnischen Saisonarbeiter; zum anderen aber gegen die Juden, die als deutsche Staatsbürger auf diese Weise aus dem deutschen Volk ausgeschlossen werden sollten.

Bekannt geworden ist hier vor allem das Pamphlet eines der Führer des Alldeutschen Verbands, des Mainzer Rechtsanwalts Heinrich Claß, der unter Pseudonym ein Buch mit dem Titel „Wenn ich der Kaiser wär“, publizierte, das binnen zwei Jahren vier Auflagen erreichte. Hierin fasste er alle gängigen Einschätzungen und Forderungen der äußersten Rechten zusammen. Ausgehend

von dem Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912 – in seinen Worten: der „Judenwahl“ – konstatierte er, dass sich Besitz und Bildung in Deutschland bedroht und entrechtet fühlten und von der Politik der Reichsregierung enttäuscht seien. Der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahrzehnte habe durch die Landflucht zum Verlust von Heimat und Gebundenheit geführt. Durch Industrialisierung und Verstädterung sei der Aufstieg der Sozialdemokratie und zugleich die gesundheitliche Schwächung der Volkskraft ermöglicht worden. Der Aufstieg der Großindustrie habe den Mittelstand zerstört. Genusssucht und Luxus seien in die Oberschichten eingedrungen, Dekadenz und „Amerikanisierung“ beherrschten die Kunst.

Zugleich sei aber mit der Hochindustrialisierung die „hohe Zeit“ der Juden gekommen, weil „deren Instinkt und Geistesrichtung auf den Erwerb“ gehe. „Die Elemente der Hast, Rücksichtslosigkeit und moralischen Gefühllosigkeit“ seien überhaupt erst durch die Juden, „mit ihrer Skrupellosigkeit, ihrer Habgier, ihrer Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, Ehre und Unehre“, in das Wirtschaftsleben eingedrungen. Entsprechend beherrschten sie die für die Moderne besonders kennzeichnenden Bereiche: „Publizistik, Theaterwesen, Journalismus“ sowie „die Advokatur, die Hochschulprofessuren und die ärztliche Laufbahn.“

Deswegen müssten alle Juden in Deutschland unter Fremdenrecht gestellt werden und doppelte Steuern bezahlen, weitere jüdische Einwanderung sei zu verhindern, dabei sei Abstammung, nicht Religionszugehörigkeit ausschlaggebend. Alle öffentlichen Ämter, der Militärdienst sowie der Zugang zu den Berufen der Anwälte, Lehrer und Theaterleiter seien den Juden zu versperren, und auch das Wahlrecht müsse ihnen genommen werden.<sup>6</sup>

In dem hier propagierten Antisemitismus waren alle Elemente der Wendung gegen die politischen und kulturellen Auswirkungen der Moderne enthalten. Die Juden galten als besonders erfolgreich in der Bewältigung der Herausforderungen, welche die neue Zeit mit sich brachte; und das nicht ohne Grund: Sie gehörten zu einem überproportionalen Teil dem Bürgertum an, waren besonders bildungsbeflissen und – wie die meisten religiösen oder ethnischen Minderheiten – besonders aufstiegsorientiert. Im Jahre 1901 erreichten 7,3 Prozent der christlichen Kinder in Preußen einen höheren Schulabschluss als die Volks-

<sup>6</sup> Frymann [d.i. Heinrich Claß]: Wenn ich der Kaiser wär', Leipzig 1912; Peter Walkenhorst: Nation, Volk, Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007, S. 81–101, hier S. 89–91.

schule – aber 56,3 Prozent der jüdischen Kinder. In der modernen Industriegesellschaft, in den akademischen Berufen, im Bankwesen, bei den neuen Handelsketten waren Juden um die Jahrhundertwende außerordentlich stark vertreten. Gerade die nicht religiös Orientierten unter ihnen besaßen kaum Bindungen an vormoderne Traditionen und fanden sich in den neuen Verhältnissen besser zu Recht als viele christliche Deutsche und zumal als das vielfach rückwärts orientierte Bildungsbürgertum. Das Durchschnittseinkommen der Juden war zu dieser Zeit etwa fünfmal so hoch wie das der christlichen Deutschen.

Das war eine durchaus neue Entwicklung – bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und natürlich vor allem vor der sogenannten Judenemanzipation nach 1810, durch die sie überhaupt erst die Bürgerrechte erhalten hatten, hatten die Juden als eine eher arme rückständige Minderheit gegolten. Wie hatten sie es nur erreicht, seit der Hochindustrialisierung einen solchen Aufstieg zu bewerkstelligen? Die Juden in Deutschland waren vor dem Ersten Weltkrieg die vermutlich erfolgreichste Minderheit in Europa. Das weckte Neid, Ressentiment und Angst. In den Juden bündelten die Antisemiten ihre Aversionen und Befürchtungen und schrieben die als negativ empfundenen Begleiterscheinungen der Moderne in Deutschland dem Wirken dieser Gruppe zu.<sup>7</sup>

Und dennoch – auch in den Anfangsjahren des Ersten Weltkriegs spielte der Antisemitismus in Deutschland nur eine nachgeordnete Rolle. Nach Beginn des Krieges schien er fast verschwunden, zumal sich die jüdischen Deutschen in ihrem Patriotismus von niemandem übertrumpfen ließen. Dass mit Walther Rathenau und Albert Ballin zwei jüdische Unternehmer in die führenden Positionen der staatlich organisierten Kriegswirtschaft einrückten, wurde vielfach als Ausdruck der gelungenen Integration des deutschen Judentums gesehen.

Bei den antisemitischen Gruppen jedoch verschärfte dies den antijüdischen Furore noch, aber erst mit den militärischen Rückschlägen begann die antijüdische Kampagne an Bedeutung zu gewinnen. Ansatzpunkt war dabei zunächst das rasch verbreitete Gerücht, dass sich die Juden vor dem Frontdienst gedrückt hätten. Es erzielte eine solche Wirkung, dass die Regierung im Oktober 1916 schließlich die sogenannte „Judenanzahl“ anordnete, durch die nun überprüft werden sollte, ob solche Berichte zuträfen. Das Ergebnis der „Judenanzahl“

<sup>7</sup> Götz Aly: Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933, Frankfurt am Main 2011, S. 73–108; Jochmann, Gesellschaftskrise; George L. Mosse: Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1991; Werner Bergmann: Geschichte des Antisemitismus, München 2004.

ergab das gerade Gegenteil, die Juden waren sowohl bei den Soldaten als auch bei verwundeten und Gefallenen überproportional vertreten – aber gleichwohl bot der Zählungserlass die Grundlage für eine verschärfte antisemitische Agitation, und von den Juden selbst wurde die Judenzählung als Akt der Diskriminierung und Beschämung wahrgenommen, als Versuch, den Prozess der Gleichberechtigung und Integration rückgängig zu machen. Sie ist insgesamt als ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Juden in der Neuzeit zu erkennen.<sup>8</sup>

Eine weitere Steigerung der antisemitischen Kampagne wurde durch die Zuwanderung von sogenannten „Ostjuden“ hervorgerufen. Bereits vor dem Krieg waren wegen der zunehmenden Pogrome und Verfolgungen in Russland einige tausend russische Juden nach Deutschland gekommen, die meisten von ihnen fest verhaftet in der Kultur der jüdischen Orthodoxie. Die deutschen Kriegswirtschaftsbehörden selbst sorgten nun dafür, dass deren Zahl deutlich anstieg, indem sie bereits 1915 damit begannen, Arbeiter im besetzten russischen Teil Polens für die Rüstungsbetriebe in Deutschland zu rekrutieren, seit Anfang 1916 vorwiegend unter Zwangsausübung. Bis 1917 kamen auf diese Weise etwa 30.000 Ostjuden nach Deutschland. In den Ostjuden fand die antisemitische Agitation vor und besonders nach Kriegsende ihre bevorzugte Zielscheibe. Sie galten als fremd, rückständig, nicht integrationsbereit. Sie waren eher arm und ungebildet, also gerade keine Aufsteiger der Moderne, und dennoch zogen sie Abscheu und Vorurteile der christlichen Deutschen in gleichem, ja noch stärkerem Maße auf sich als die alteingesessenen jüdischen Deutschen.<sup>9</sup>

## 2.

Die Niederlage im Krieg, die Revolution und der wirtschaftliche Niedergang waren für den überwiegenden Teil der Deutschen unerklärlich. Der Krieg hatte ja nicht auf deutschem Boden stattgefunden, und noch im Frühsommer 1918 hatte man fest mit einem deutschen Sieg gerechnet. Umso tiefer war der Fall.

<sup>8</sup> Jacob Rosenthal: »Die Ehre des jüdischen Soldaten«. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt am Main, New York 2007, S. 54–78.

<sup>9</sup> Peter G.J. Pulzer: The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria, London 1988; Helmut Berding: Der Aufstieg des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Benz, Werner Bergmann (Hg.): Vorurteil und Völkermord, Freiburg i.Br. u.a. 1997, S. 304–340; Jack Wertheimer: Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York, Oxford 1987.

Dass der Antisemitismus im Zuge von Niederlage und Revolution seit dem Winter 1918/19 einen enormen Aufschwung erlebte, war insofern nicht verwunderlich. Bei der angestregten Suche nach Verursachern und Schuldigen am Unglück des Vaterlandes fand man sowohl die westlich-liberale Zivilisation als auch die kommunistische Revolution in Russland als Schuldige, beide Kräfte des Universalismus und des Internationalismus, mithin Gegenpole des national ausgerichteten Denkens der Deutschen. Waren nicht führende Bankiers in den USA ebenso wie in England, in Frankreich und in Deutschland selbst Juden? Waren nicht auch einige führende Vertreter der linken Parteien und der revolutionären Gruppen Juden – von Leo Trotzki bis Rosa Luxemburg? Beide Gegner, so die sich verbreitende Überzeugung, würden von den Juden repräsentiert, ja angeführt, einer per definitionem als international und universalistisch ausgerichteten Gruppe.

Noch stärker galt dies für die horrende Geldentwertung bis zur Hyperinflation von 1923. Wer konnte es verstehen, dass ein Brot plötzlich tausend, dann eine Million Mark kostete? Selbst die Arbeit schien nichts mehr wert zu sein. Die „Veteranen der ehrlichen Arbeit, durch die Deutschland groß geworden ist, darben, hungern, frieren“, schrieb ein anonymes Münchner Ende 1923 an die Behörden, während die

„blutjungen Bürschchen, dickgemästeten Viehhändler, Holzschieber, Lebensmittelwucherer, die noch dazu ihre dunklen Geschäfte jeglicher Steuerkontrolle zu entziehen wissen, Luxusfahrten im eleganten Auto machen und die Nächte mit ihrem faulenzenden, nur auf immer verrücktere Toiletten bedachten Weiberanhang in Cabarets und weindunstigen Nachtlokalen durchschwelgen.“<sup>10</sup>

Es lag daher nahe, sich das Unerklärliche durch das Wirken von Netzwerken und Geheimbünden, durch Verschwörung und Absprachen erklären zu wollen. Dabei lag der Bezug zum Antisemitismus nicht fern, hier verbanden sich Verdacht und Ressentiment mit der Beobachtung, dass auch jüdische Kaufleute und Händler an der Inflation verdienten. Zwar taten das ebenso nichtjüdische Kaufleute, aber *sie* fielen nicht auf, während ein womöglich aus Galizien stammender Textilhändler, der es in der Inflationszeit zu Wohlstand brachte, wie ein

<sup>10</sup> Anonymes Schreiben, 12.10.1923, Wirtschaftsabtlg. d. Generalstaatskommissars, zit. n. Martin H. Geyer: *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne*, Göttingen 1998, S. 245 f.

greller Beleg für den Verdacht wirkte, die Inflation sei von dunklen Mächten gesteuert. Gerade der „moderne“ Typ, der nicht an Tradition und Herkunft gebunden war, der sich in der neuen Zeit zurecht fand und von ihr profitierte, wurde mit dem Jüdischen identifiziert – selbst von später doch so nüchternen Beobachtern wie Thomas Mann, der den typischen Spekulanten so charakterisierte: „Der Mensch, blond-jüdisch und elegant, Mitte dreißig, mit Monokel und fetten, weißen, manikürten Händen, in gesteppter Hausjacke und Lackhausschuhen, wunderbar als Typus des international-kultur-kapitalistischen Schiebertums.“<sup>11</sup>

Über die Geldentwertung hinaus verstärkte die Inflationserfahrung Misstrauen und Ressentiment gegenüber Liberalismus und Kapitalismus insgesamt. Aber anders als der Antisemitismus, der als Erklärungselement und Ventil für die Rechte diente und diese nachgerade definierte, war der populäre Antikapitalismus, der daraus entstand, auf der Linken und auch in der Mitte verbreitet. Die Erfahrungen der frühen 1920er Jahre lösten so die intellektuellen und emotionalen Bindungen an das liberale Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auch bei jenen, die es gesellschaftlich repräsentierten und politisch getragen hatten – im Bürgertum und insbesondere im Bildungsbürgertum.

So wurde die Inflationszeit zu einer Art von Inkubationsphase des neuen Antisemitismus, in der sich zur Gewissheit zu verdichten schien, was bis dahin doch eher als Gerücht und Nachrede galt. „Der Haß weitester Kreise richtet sich in gesteigertem Maße gegen die Juden“, hieß in einem Bericht aus Bayern schon im Frühjahr 1920, „die den größten Teil des Handels an sich reißen und sich nach Anschauung aller am meisten auf Kosten ihrer Mitmenschen in der gewissenlosesten Weise bereichern.“<sup>12</sup>

Solche Irritationen und Beängstigungen wurden wie in einem Brennglas gebündelt durch die Erfahrungen der Münchner Räterepublik. Dass eine deutsche Großstadt wochenlang von einer ebenso kleinen wie dilettantischen Gruppe linksradikaler Literaten und Anarchisten beherrscht worden war, bestätigte die schlimmsten Befürchtungen. Der Hass auf Bolschewismus und linke Intellektuelle wurde gerade im bayerischen Bürgertum nun geradezu fanatisch. Und da unter den Führern der Münchener Räterepublik auch Juden gewesen waren, verband sich die Erfahrung der Räteherrschaft sogleich mit dem Bild vom kom-

<sup>11</sup> Thomas Mann: Tagebücher, 1918/21, Frankfurt am Main 1981, S. 143.

<sup>12</sup> Bericht der bayerischen Landeswerbezentrale des Gruppenkommandos 4 v. 5.3.1920, zit. n. Geyer, Verkehrte Welt, S. 283.

munistischen Juden und verstärkte so die ohnehin vorhandenen antisemitischen Obsessionen nachhaltig.

Wo immer die Gegenwart komplizierter wurde, wo sich die Moderne mit besonderer Wucht durchsetzte und alte Lebensgewohnheiten und Einstellungen überannte, blühten die Verschwörungstheorien. Die aber waren in Deutschland anders als in anderen Ländern mit der Kriegsniederlage verbunden und verknüpften die Irritationen über die Neue Zeit mit dem radikalen Verlangen nach Rache und Kompensation, während Mäßigung und ruhiges Kalkül als Feigheit und Verrat denunziert wurden. Das gab den Verdächtigungen jenen dumpfen, radikalen Ton, der die ganzen Nachkriegsjahre über vernehmbar war.

Für die Verbindung aus Modernität und Veränderung stand vor allem Berlin. Berlin, so die verbreitete Wahrnehmung, war eine Art von sozialem Großexperiment. Was anderswo verteilt auf lange Jahre sich entwickelte – hier geschah alles auf einmal. „Berlin ist nichts anderes als der vorgeschobenste Posten, das modernst ausgestattete Versuchslokal zur Erprobung, ob und wie der deutsche Mensch der letzten zivilisatorischen Entwicklung innerlich gewachsen ist“, schrieb der Publizist Josef Räuscher. War schon in Deutschland die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat besonders schnell vor sich gegangen, so hatte sich Berlin innerhalb einer Generation in eine der modernsten Städte der Welt verwandelt, in der die Kontraste so deutlich, die Widersprüche so offenbar waren, dass aus diesen Zusammenstößen unaufhörlich neue politische Bewegungen, wirtschaftliche Theorien, künstlerische Umbrüche, revolutionäre Pamphlete, technische Weltneuheiten und exaltierte Moden zu entstehen schienen.<sup>13</sup>

Berlin stand für die „Amerikanisierung“ – einer der Trendbegriffe der zwanziger Jahre in Deutschland. Er stand für den Sieg der Technik und für industriewirtschaftliche Dynamik, für Nützlichkeitsdenken und Traditionslosigkeit, für neue Geschlechterrollen, für Unterhaltungsindustrie und flache soziale Hierarchien. „Amerikanismus“ wurde als Chiffre für die kulturelle Moderne gebraucht und damit wurde alles beschrieben, was als unerhört und neu empfunden wurde: „Wenn der Sohn Jazzmusik hört und das Latinum nicht besteht, die Frau einen Bubikopf trägt und erotische Ansprüche stellt, der Chef neue Produktionsmethoden einführt und das Arbeitstempo verschärft – all dies kann als Amerika-

<sup>13</sup> Josef Räuscher: Berlin, in: Hochland 281 (1930), S. 15–26, hier S. 15.

nismus bewertet werden“, so hat es ein Literaturwissenschaftler kürzlich treffend formuliert.<sup>14</sup>

Die Kultur der Moderne hatte sich in Deutschland nun etabliert – wenngleich vorwiegend in den Städten und nach einem verlorenen Krieg, nach Revolution, Bürgerkrieg und Inflation und in einer zerrissenen Gesellschaft, die um Orientierung und Perspektive rang. So wurde sie von vielen nicht als Antwort auf die Probleme der Zeit verstanden, sondern als das Problem selbst. Entsprechend rabiatisch waren die ablehnenden Reaktionen, die sich im Laufe der zwanziger Jahre steigerten.

Die Massenkultur der Großstadt, so die Bestsellerautoren der rechten Kulturkritik dieser Jahre, sei zugespitzter Ausdruck dieses Werteverlustes, der im Kern die Entfremdung eines Volkes von seinen kulturellen Wurzeln beinhalte. „Kino, Expressionismus, Theosophie, Boxkämpfe, Niggertänze, Poker und Rennwetten“, so Oswald Spengler, zeugten von der „Unfruchtbarkeit des zivilisierten Menschen“. An die Stelle echter Kultur seien Vermarktung und seelenlose Zerstreuung getreten, an die Stelle echter Künstler die Intellektuellen und Journalisten.<sup>15</sup>

Trotz der nationalistischen Grundhaltung dieser Parolen war die traditionalistische Fundamentalkritik an der Kultur der Moderne keineswegs auf Deutschland beschränkt. Spezifisch für Deutschland (und Österreich) war hingegen die Verbindung der Modernekritik mit den demütigenden Erfahrungen der Niederlage des Ersten Weltkriegs, welche als Sieg der Prinzipien des Westens über die gegenläufigen Ideale der Deutschen interpretiert wurde. Dadurch erhielt die Kulturkritik hier ihre scharfe nationalistische Aufladung, wurden die Erscheinungsformen der Moderne als Varianten der Fremdherrschaft verstanden – mithin als Herrschaft jener Gruppe, die in allem, was neu und modern war, auf so unerklärliche Weise erfolgreich war – der Juden.

Der Alldeutsche Verband hatte am Ende des Krieges versucht, diese Stimmungen dadurch aufzufangen und zu nutzen, dass er zahlreiche antisemitische Gruppen und Parteien gründete, die in der unübersichtlichen Lage der Jahre zwischen 1919 und 1923 überall an Radikalität und Lautstärke einander zu übertreffen versuchten und sich mit älteren und jüngeren Gruppierungen der

<sup>14</sup> Georg Bollenbeck: *Tradition, Avantgarde, Reaktion*, Frankfurt am Main 1999, S. 254.

<sup>15</sup> Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, (EA München 1922/23) Düsseldorf 2007, S. 122.

radikalen Rechten zusammenschlossen. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund war in den frühen Jahren der wichtigste und größte unter ihnen mit fast 200.000 Mitgliedern (1922) in mehr als 600 Orten. Seine Agitation war an Primitivität und Grobschlächtigkeit kaum zu überbieten, gleichwohl sehr erfolgreich.

Auch in der Deutschnationalen Volkspartei war ein deutlicher, auf dem rechten Flügel sogar radikaler Antisemitismus notorisch; selbst in Stresemanns DVP war diese Einstellung nicht selten – nicht anders in den nationalistischen Wehrverbänden wie dem Stahlhelm und, besonders ausgeprägt, in der protestantischen Kirche. Im Jahre 1924 hatte der nationalistische Soldatenverband „Stahlhelm“ für seine knapp 400.000 Mitglieder den „Arierparagraphen“ eingeführt – Juden, selbst hochdekorierte Frontkämpfer, durften keine Mitglieder sein. Nicht anders beim „Jungdeutschen Orden“ mit 200.000 Mitgliedern, dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ mit 400.000 Mitgliedern, dem „Reichslandbund“ mit einer Million Mitgliedern, den „Deutschen Burschenschaften“, dem „Deutschen Turnerbund“ und vielen anderen Organisationen.<sup>16</sup>

Kennzeichnend für diese Jahre war aber vor allem jener eher passive Antisemitismus, der durch die Entwicklung während des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegszeit neue Nahrung erhalten hatte, sich aber nicht in offener Feindseligkeit oder Straßenkrawallen äußerte. Dass die Juden einen Fremdkörper im deutschen Volke darstellten, dass sie besonders unangenehme Eigenschaften besäßen, dass sie mit den Feinden Deutschlands aus dem Ersten Weltkrieg in Verbindung stünden, dass sie die Presse beherrschten und sich am Krieg ebenso wie an Inflation und Wirtschaftskrise bereichert hätten, dass sie jedenfalls auf unerklärliche und zweifellos unverdiente Weise besonders erfolgreich seien, war aber eine durchaus verbreitete Überzeugung, die sich mit dem heißen Bedürfnis nach Revanche für die nicht verwundene Niederlage verband. Aber es ergab sich daraus kein aktives Engagement.

Auch an den Universitäten setzte sich mit dem „Deutschen Hochschulring“ schon früh die radikale, und das hieß: die rassenantisemitische Richtung durch. Bei den Wahlen zu den von der Republik neu eingeführten Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) erzielten die Völkischen schon 1921 mehr als 70

<sup>16</sup> Uwe Lohalm: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 176–237; Werner T. Angress: Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in: Werner E. Mosse (Hg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, Tübingen 1971, S. 137–316.

Prozent der Stimmen. Aber nicht mit Pogromen und Ausschreitungen, so schwebte es den Studenten vor, sondern durch das Hinausdrängen aller Juden aus Deutschland mithilfe von Fremdenrecht und staatlichen Maßnahmen sollte das „Judenproblem“ in kurzer Zeit „gelöst“ werden – ebenso radikal wie „sachlich“, das war die hier verbreitete Devise, die weit über die Anhänger der völkischen Gruppierungen hinaus auf Zustimmung traf.<sup>17</sup>

Der Antisemitismus wurde so zum Passepartout, zur Erklärung nahezu aller Widersprüche des modernen Lebens, zumal in dem von Niederlage, Putschen und Aufstandsversuchen gebeutelten Deutschland.

Jedoch stand den Antisemiten in Deutschland bis 1933 immer auch eine große Gruppe von Gegnern gegenüber. So gab es im Verlaufe der Weimarer Jahre in allen Zeitungen von der seriösen Rechten bis zur Linken mehrfach regelrechte Empörungswellen gegen den Antisemitismus – nach den Krawallen im Berliner Scheunenviertel zum Beispiel, nach dem Rathenau-Mord, nach den sich im Jahre 1924/25 häufenden Friedhofschändungen und seit den späten 20er Jahren auch nach Übergriffen von SA-Leuten auf Juden.

Wichtiger noch war die relative Sicherheit, die die Weimarer Republik als Rechtsstaat den Juden bot. Zwar gab es auch Gerichtsurteile, in denen die Sympathie mit den Antisemiten deutlich durchklang – aber daraus entwickelten sich eben Skandale; sie waren eher die Ausnahme, nicht die Norm. Die Anrufung der Gerichte bei Übergriffen, Beleidigungen oder Schmähpapaganda blieb vielmehr bis zum Ende der Republik das wichtigste Gegenmittel der jüdischen Organisationen gegen die Antisemiten, und der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ wurde nicht müde, dieses Instrument auch zu nutzen, durchaus nicht ohne Erfolg.

Nicht zuletzt daran knüpfte sich die Hoffnung, ja die Überzeugung zahlreicher deutscher Juden, dass der Antisemitismus historisch gesehen ein allmählich absterbendes Überbleibsel aus finsterner Vergangenheit sei. In diesem Optimismus trafen sich die politisch meist eher gemäßigt orientierten deutschen Juden mit der Beurteilung des Antisemitismus durch die Linke, vor allem durch die linken Intellektuellen. In der „Weltbühne“ etwa waren Antisemitismus und Antisemiten Gegenstand beißenden Spotts und allenfalls kopfschüttelnder Verachtung. Als die gefährlichen Aspekte der radikalen Rechten in Weimar wurden

<sup>17</sup> Ulrich Herbert: »Generation der Sachlichkeit«. Die völkische Studentenbewegung der frühen 20er Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr u.a. (Hg.): Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg 1991, S. 115 - 144.

hier der Militarismus und die Verbindung mit den traditionellen Eliten angesehen. Der organisierte Judenhass hingegen schien eher etwas Anachronistisches zu sein, das gewiss bald überwunden sein würde. In den Augen der Antisemiten, hatte etwa Arnold Zweig in der „Weltbühne“ im Jahre 1919 geschrieben, sei der Jude ein „amüsant-schauerliches Märchenvieh“, und der arische Siegfried ruhe nicht eher, bis

am deutschen Wesen die verjudete Welt genesen [sei]. Kurzum: wir haben es mit den ewigen Pubertätsträumen unreifer, magenüberladener Dahn- und Wagner-Schwärmer zu tun, denen es ein Hochgefühl ist, gegen den selbstgeschaffenen Popanz zu kämpfen und dabei das eigene Wesen bis ins Widerliche umzulügen.<sup>18</sup>

Für die Wirksamkeit und Suggestivkraft rechtsradikaler Ideologien besaßen die meisten liberalen und linken Intellektuellen kein Sensorium und auch keine analytischen Kategorien.

Erst mit der Weltwirtschaftskrise stieg die NSDAP zur Massenpartei auf und gewann auch der Antisemitismus unmittelbare politische Relevanz. Denn nun geriet mit der Hitlerbewegung die unbestritten radikalste Antisemitenpartei in das Zentrum der politischen Entwicklung. Zwar ist vielfach darauf hingewiesen worden, dass die NSDAP seit 1930 den Antisemitismus weniger ostentativ in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellte als zuvor. Aber zugleich war für jedermann, der die Hitlerpartei wählte oder mit ihr sympathisierte, unübersehbar, dass er oder sie damit die am stärksten antijüdische Gruppierung unterstützte, die in Deutschland je aufgetreten war. Das mögen viele (oder manche) in Kauf genommen haben, weil sie sich von der Wahl der Nazis Verbesserungen für ihre soziale Lage, für das außenpolitische Ansehen des Reiches oder für andere Dinge erwarteten. Aber die radikale Judenfeindschaft nahmen sie mindestens hin; und viele werden nicht die NSDAP gewählt haben, weil sie die Juden hassten, sondern sie hassten die Juden, weil sie die NSDAP wählten.<sup>19</sup>

### 3.

<sup>18</sup> Arnold Zweig, Die antisemitische Welle, in: Die Weltbühne 15 (1919), S. 381–385, hier S. 385.

<sup>19</sup> Ebd.; Cornelia Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 206–224; Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 222–243; Werner Jochmann: Die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland 1914–1923, in: ders.: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft, S. 99–170; ders.: Der Antisemitismus und seine Bedeutung für den Untergang der Weimarer Republik, in: ebd., S.171–194; Donald L. Niewyk: The Jews in Weimar Germany, Baton Rouge/Louisiana, Los Angeles, London 1980. S. 43–81.

Mit der NSDAP hatte 1933 erstmals in Europa eine extrem antisemitische Partei die Regierung übernommen. In den vergangenen Jahren hatte sie ebenso wie ihr Führer keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die kleine jüdische Minderheit in Deutschland für einen Großteil der Probleme verantwortlich machte, mit denen Deutschland insbesondere seit der Durchsetzung der Industriegesellschaft und mehr noch seit dem Ersten Weltkrieg zu kämpfen hatte. Zwar war die Zahl der extrem judenfeindlichen Ausfälle in den Wahlkämpfen der Jahre 1930 bis 1933 von der NSDAP-Führung etwas zurückgegangen, um auch über die antisemitisch eingestellten Bevölkerungskreise hinaus Wähler zu gewinnen, aber in der NS-Anhängerschaft bestand die feste Erwartung, dass nun, nach der Machtübernahme, scharf gegen die Juden vorgegangen würde.

Das befürchteten auch die Juden selbst. Viele von ihnen hatten die Bedeutung des 30. Januar zunächst unterschätzt, aber in der „Jüdischen Rundschau“ wurde in diesen Tagen die Tragweite des Geschehens klar erkannt:

Wir stehen als Juden vor der Tatsache, dass eine uns feindliche Macht die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hat [...] Der Nationalsozialismus ist eine judenfeindliche Bewegung, er ist programmatisch in einem Maße antisemitisch, wie es noch keine Partei war, er verdankt der skrupellosen Judenhetze einen großen Teil seiner agitatorischen Erfolge.<sup>20</sup>

Und in der Tat nahmen die Diskriminierungsmaßnahmen gegen Juden bereits unmittelbar nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler überall im Reich zu, und bald, verstärkt nach dem Reichstagsbrand, gab es auch gewalttätige Übergriffe auf einzelne Juden. Einer klaren Linie folgte die antijüdische Politik des Regimes zunächst zweifellos *nicht*. Die Juden zu demütigen, sie aus einflussreichen Positionen zu verdrängen, sie durch Gewalt und Drohungen zur Ausreise zu veranlassen, vor allem aber: ihr Vermögen an sich zu reißen – darin waren sich die Nationalsozialisten einig. Welche längerfristigen Perspektiven sich daraus ergaben, blieb unklar – in jedem Fall aber würden es die denkbar radikalsten sein, wie immer diese aussehen mochten. Schon früh etablierte sich hier eine Dynamik der Überbietung. „Ämter, Parteistellen, Gerichte und Polizei wetteifern darin, die wehrlosen Juden zu verfolgen und zu quälen“, notierten die Deutschland-Berichte der Exil-SPD dazu.

<sup>20</sup> Jüdische Rundschau Nr. 9, 31.1.1933, S. 1, in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, (VEJ), Bd. 1, München 2007, Dok. 1, S. 65–67, hier S. 65; allg. s. Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 23–64; Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1, München 1998, S. 29–221.

Läßt irgendeine Amtsstelle auch nur ein wenig Milde walten, so fährt sofort die Parteipresse dazwischen – mit dem ›Stürmer‹ an der Spitze – und prangert die lässigen Richter, Beamten und Volksgenossen an.

Wenn es gegen die Juden ging, war es kaum noch möglich, eine einmal erreichte Radikalitätsstufe wieder rückgängig zu machen.<sup>21</sup>

Bereits in den ersten Wochen und Monaten nach der NS-Machtübernahme ergoss sich eine Flut diskriminierender Verordnungen und sonderrechtlicher Vorschriften über die jüdische Bevölkerung und umfasste bis zum Beginn des Krieges mehr als 1.400 Einzelverordnungen. Dabei kamen die Initiativen gegen die Juden oft aus den Gemeinden oder einzelnen Ländern, und Beamte und Verbandsfunktionäre schienen sich dabei an Eilfertigkeit, Einfallsreichtum und Tücke gegenseitig übertreffen zu wollen.

Ziel der Diskriminierungen und Gewalttaten war die Vertreibung der Juden aus Deutschland – und diese Strategie erwies sich als wirksam. Noch 1933 verließen 37.000 Juden das Land, in den Folgejahren 23.000 und 21.000. Bei diesen Größenordnungen blieb es zunächst. Bis Ende 1937 waren insgesamt 125.000, mithin etwa ein Viertel der im Lande lebenden Juden emigriert. Und sowohl die unteren Parteigliederungen als auch Länder- und Reichsbehörden drängten darauf, diese Politik zu forcieren.<sup>22</sup>

Die auf Initiative Hitlers im September 1935 in aller Eile beschlossenen Nürnberger Gesetze trugen diesem Drängen Rechnung. Nur zweieinhalb Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden hier die deutschen Juden zu einer Bevölkerungsgruppe minderen Rechts herabgestuft. Diese Maßnahmen ebenso wie die für die Zukunft angekündigten noch weiter reichenden Vorhaben zielten darauf ab, die mehr als hundert Jahre zuvor erfolgte Emanzipation der Juden rückgängig zu machen, ihnen darüber hinaus die wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten zu nehmen und sie innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums aus Deutschland vollständig zu vertreiben – insgesamt ein Vorgang, den nur wenige Jahre zuvor außerhalb des engen Kreises der völkischen Aktivisten nahezu niemand auch nur für denkbar gehalten hätte. Hatte man die beständi-

<sup>21</sup> Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade-Berichte) 1934-1940, hg. von Klaus Behnken, Frankfurt am Main 1980, Juli 1937, S. 931 f., hier S. 931.

<sup>22</sup> Werner Rosenstock: Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: Leo Beck Year Book 1 (1956), S. 272–290, hier S. S. 326; Herbert A. Strauss: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses, in: Leo Beck Year Book 25, 26 (1980, 1981), S. 313–361, S. 343–409.

gen Übergriffe und Gewalttaten der NS-Milizen, denen sich in auffällig gehäufte Weise auch HJ-Einheiten anschlossen, noch als Exzesstaten politisch fanatisierter Minderheiten wahrnehmen können, so wurde mit den Nürnberger Gesetzen der Rassenantisemitismus als Grundlage staatlichen Verwaltungshandelns etabliert – und damit der Bruch mit den Grundprinzipien der Rechtsgleichheit legalisiert.<sup>23</sup>

Wirtschaftliche Aspekte der Judenfeindschaft hatten bereits seit dem Aufkommen des modernen Antisemitismus eine hervorgehobene Bedeutung besessen. Die Widersprüche und die Aporien des modernen Kapitalismus auf das Wirken einer kleinen Gruppe zurückzuführen, welche sich in der Industrie, im Handel, im Bankwesen und den freien Berufen als besonders erfolgreich erwiesen hatte und anscheinend über geheime Kanäle erheblichen Einfluss auf die Kräfte des Marktes besaß, war eine so verführerisch einfache Erklärung der ansonsten unerklärlichen Bewegungen von Konjunktur und Kapitalmarkt, dass sie selbst von solchen akzeptiert wurde, die sich selbst gar nicht als Antisemiten verstanden. Es war daher nicht überraschend, dass sich der antijüdische Furor vor allem gegen jüdische Geschäfte und Unternehmen richtete. Von Beginn an war der wirtschaftliche Druck auf die Juden untrennbar mit Korruption, Raub und Bereicherung verbunden. Dabei waren es meist Parteifunktionäre, oft aber auch Mitarbeiter oder Konkurrenten jüdischer Ladenbesitzer oder Handwerker, die mit Denunziationen und Gewalt versuchten, von deren wirtschaftlichen Enteignung zu profitieren. Gegenüber den großen jüdischen Unternehmen waren die NS-Behörden allerdings vorsichtiger, vor allem weil eine Schließung solcher Betriebe mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze verbunden gewesen wäre. Erst als sich die wirtschaftliche Lage aufgrund der Rüstungskonjunktur seit 1936 merklich zu bessern begann, wurde auch hier die Zurückhaltung aufgegeben. Nun schalteten sich auch die großen Banken und Versicherungen in die „Entjudung der deutschen Wirtschaft“ ein. Ein regelrechtes „Arisierungsgewerbe“ entstand, in dem Treuhandverwaltungen, „Auswanderungsagenten“, Makler und Rechtsanwälte die Enteignung der jüdischen Betriebe organisierten und daran in großem Umfang verdienten.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Zu den Nürnberger Gesetzen s. v.a. Cornelia Essner: Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn u.a. 2002, S. 102–115; Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 864–886; Longerich, Politik der Vernichtung, S. 102–115.

<sup>24</sup> Frank Bajohr: »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997; Avraham Barkai: Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt am Main 1988; Christiane Kuller: Bürokratie und Verbre-

Die Beraubung der deutschen Juden seit 1933 war eine der größten Enteignungsaktionen der deutschen Geschichte, und sie zeigt durchaus viele Gemeinsamkeiten mit anderen Eigentumsrevolutionen im 20. Jahrhundert. Allerdings wurde etwa in der Sowjetunion seit 1917 oder den Ostblockstaaten nach 1945/46 das kapitalistische System insgesamt zerschlagen. In Deutschland hingegen wurde nach 1933 ein nach Rassekriterien definierter Teil aus der Volkswirtschaft herausgelöst, während die Wirtschaft insgesamt in der NS-Herrschaft zwar eingeengt und durch staatliche Vorgaben gegängelt wurde, aber doch ihren privatwirtschaftlichen Charakter behielt. So war die Politik der Beraubung der Juden nicht nur ein Rechtsbruch, sondern auch ein Verstoß gegen die Grundsätze der kapitalistischen Eigentumsordnung und der kaufmännischen Glaubwürdigkeit. Aber angesichts der Chance auf Bereicherung, auf Ausschaltung von Konkurrenten und Übernahme großer, zum Teil weltberühmter Firmen stellten die Nutznießer alle kaufmännischen Grundsätze hintan, zumal die Beraubungen ja von den staatlichen Wirtschafts- und Finanzbehörden selbst vollzogen und mit, allerdings denkbar dürftigen, Legitimierungsversuchen kaschiert wurden.

Bemerkenswert war auch die Parole, unter der die Enteignung des jüdischen Teils der deutschen Bevölkerung vollzogen wurde: „Wiedergutmachung“. Die Vorstellung war hier, dass die Juden sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg auf unerklärliche Weise an den Deutschen bereichert hätten, indem sie schlaue und gewitzter Unternehmen gegründet, neue Produkte entwickelt, als Rechtsanwälte gearbeitet oder als Ärzte Erfolg gehabt hatten. Man nehme sich jetzt nur, was einem sowieso gehörte, war die verbreitete Legitimation für den jetzt organisierten Raub. So konnte auch der zuvor unterlegene Konkurrent sein Mitwirken an der Zerschlagung der Firma des erfolgreicher Kaufhausbesitzers legitimieren, um das Kaufhaus dann für einen Spottpreis zu erwerben.<sup>25</sup>

Die Verfolgung der Juden, die in den großen Zeitungen in den USA, in England oder Frankreich sehr genau beobachtet wurde, stieß in Deutschland selbst bis 1938 auf eine bemerkenswerte Indifferenz. Nun war das auch auf den mittlerweile stark ausgebauten Repressionsapparat des Regimes zurückzuführen.

chen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.

<sup>25</sup> Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, hg. v. Wilhelm Treue, in: VfZ 3 (1955), S. 184–210; Ralf Banken: Das nationalsozialistische Devisenrecht als Steuerungs- und Diskriminierungsinstrument 1933–1945, in: Johannes Bähr, Ralf Banken (Hg.): Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des »Dritten Reichs«, Frankfurt am Main 2006, S. 121–236.

Niemand wollte sich mit der Gestapo oder den NS-Aktivisten anlegen, wenn es um das Vorgehen gegen eine Gruppe ging, der die meisten Deutschen in Distanz und viele in Ablehnung gegenüberstanden. Die Führung der Exil-SPD beispielsweise, weit entfernt von antisemitischen Anwandlungen, schrieb in ihrem Bericht vom Januar 1936, die sozialistisch orientierten Arbeiter seien gewiss „entschiedene Gegner der Ausschreitungen“. Zugleich hielten es viele aber auch für richtig, „dass die jüdische Vorherrschaft ein für alle Mal gebrochen und den Juden ein bestimmtes Betätigungsfeld zugewiesen wird.“ Die meisten Arbeiter seien „zwar nicht mit den harten Methoden einverstanden [...], aber sie sagen doch: ›Dem Großteil der Juden schadet's nicht‹.“ Ähnlich bei den Katholiken: Gewiss, schrieb der Münchner Kardinal Faulhaber an einen Priester, der sich über die Judenverfolgung erregt hatte, das Vorgehen der Nazis gegen die Juden sei unchristlich. Aber es gebe nun wirklich andere Probleme: „Für die kirchlichen Oberbehörden bestehen weit wichtigere Gegenwartsfragen [...], zumal man annehmen darf und zum Teil schon erlebte, dass die Juden sich selber helfen können.“<sup>26</sup>

#### 4.

Anfang 1938 lebte der überwiegende Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland bereits von der Substanz, und die Mehrzahl der jüdischen Firmen war bereits „arisiert“ worden – sei es durch behördliche Maßnahmen, sei es in Form der „wilden“ Arisierungen. Bei den Versuchen, auch die übrigen Betriebe, insbesondere die bis dahin nur wenig angetasteten großen Unternehmen ihren jüdischen Inhabern zu entreißen, wurden jedoch Einwände laut. Als im Juli 1938 das Reichsinnenministerium den Vorschlag machte, ein Gesetz zur sofortigen, vollständigen und erzwungenen Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sowie der Konfiszierung ihres Vermögens zu verabschieden, protestierte der Reichsfinanzminister unter Hinweis auf zu erwartende Steuereinbußen und die Reichsbank unter Hinweis auf die Gefährdung des Kapitalmarkts.

Ziel der Judenpolitik, so hatte der Chef der Sicherheitspolizei Heydrich formuliert, müsse erstens die „Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten unter möglicher Vermeidung von Devisenkosten“ sein und zweitens die „Sicherung der Unterstützungskosten für die zurückbleibenden Juden durch jüdische Mittel

<sup>26</sup> Sopade-Berichte, Januar 1936, S. 24–26; Kardinal Faulhaber an Alois Wurm, 8.4.1933, in: VEJ, Bd. 1, Dok. 30, S. 135 f.

des In- und Auslandes“. Das aber erwies sich bald als nicht durchführbar. Denn entweder war die Auswanderung der Juden das Hauptziel des Regimes – dann musste es ihnen die Mittel lassen, um vom Ausland aufgenommen zu werden. Oder es nahm den Juden alles Vermögen und allen Besitz, wozu man angesichts der prekären Wirtschaftslage neigte – dann fanden sich nicht genügend Länder, welche die mittellosen Juden aufzunehmen bereit waren. In der Praxis tat man dann beides: Die Verfolgung und Diskriminierung der Juden wurde verschärft, um sie zur Auswanderung zu veranlassen. Und auch die Enteignung wurde beschleunigt, um möglichst an das Vermögen der Juden zu kommen. Im Effekt geriet die Auswanderung dadurch ins Stocken. Die Lage für die Juden wurde noch erschwert durch die Ergebnisse der im Sommer 1938 tagenden internationalen Konferenz von Évian, bei der sich die Bereitschaft der meisten Länder, jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufzunehmen, als äußerst begrenzt erwies. Die USA etwa hielten an einer Quote von 27.370 Einwanderern aus Deutschland und Österreich fest, die meisten anderen Länder schlossen ihre Grenzen ganz.<sup>27</sup>

Die aus diesen Widersprüchen resultierende Pattsituation im Herbst 1938 machte es unsicher und relativ offen, in welche Richtung sich die antijüdische Politik des Regimes entwickeln würde: hin zu einer langsamen, sich über mehrere Jahre erstreckenden „Ausschaltung“ der Juden, vor allem der größeren jüdischen Unternehmen, aus dem deutschen Wirtschaftsleben – oder in Richtung auf eine schnelle, radikale Hinausdrängung aus der Wirtschaft, selbst unter Hinnahme volkswirtschaftlicher Nachteile.

Im Oktober 1938 begann das Regime damit, die Juden polnischer Nationalität aus Deutschland abzuschieben. Innerhalb von zwei Tagen wurden 17.000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, überwiegend Männer, im Reichsgebiet verhaftet, zu Sammellagern gebracht und mit Zügen an die polnische Grenze gefahren, um nach Polen abgeschoben zu werden. Dort aber verweigerten die polnischen Grenzsoldaten den Juden den Übertritt mit Gewalt, so dass die Deportierten nun tagelang in improvisierten Internierungslagern im Niemandsland unterkommen mussten. Schließlich wurde die Aktion abgebrochen, und die Juden wurden wieder zurück in ihre Wohnungen gebracht. Dieser Misserfolg be-

<sup>27</sup> Barkai, Vom Boykott zur »Entjudung«, S. 130; Bericht d. SD, September 1938, zit. n. Uwe Dietrich Adam: Wie spontan war der Pogrom?, in: Walter H. Pehle, Uwe Dietrich Adam (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 74–93, hier S. 87; Magnus Brechtken: »Madagaskar für die Juden«. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997, S. 217; Michael Marrus: Évian, in: Dan Diner (Hrsg.): Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Band 2, Stuttgart/Weimar 2012, S. 289–295.

stätigte, dass es keine erfolgversprechenden Konzepte zur forcierten Auswanderung der Juden gab. Er steigerte bei den Behörden wie in der Partei aber auch die Erwartung, bei nächster Gelegenheit auf andere Weise gegen die Juden vorzugehen.<sup>28</sup>

In dieser Situation ereigneten sich das Attentat auf den deutschen Diplomaten vom Rath in Paris und als Antwort darauf die von Hitler und Goebbels veranlassten Pogrome des 9. und 10. November 1938, bei denen tausende jüdischer Wohnungen und Geschäfte zerstört wurden und mehr als 100 Juden umkamen. „Jetzt rast der Volkszorn“, schrieb Goebbels begeistert in sein Tagebuch. „Als ich ins Hotel fahre, klirren die Fensterscheiben. Bravo! Bravo! [...] Das ganze Volk ist in Aufruhr.“<sup>29</sup>

Das Volk war keineswegs in Aufruhr Und es war mehrheitlich mit diesen Aktionen auch keineswegs einverstanden. Nahezu alle örtlichen Parteistellen der NSDAP berichteten, dass die „Aktion“ weitgehend auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen sei. Das Vorgehen habe im Volke „Kopfschütteln und eisiges Schweigen“ hervorgerufen, schrieb etwa die Polizei in Bielefeld. „Die Bevölkerung war ernst und gedrückt. Hier und da waren deutlich Anzeichen von Mitleid festzustellen.“ „Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat die Aktion gegen die Juden nicht verstanden und mit dem Hinweis verurteilt, dass Derartiges in einem Kulturstaate nicht vorkommen dürfe“ – so der einhellige Tenor.<sup>30</sup>

In der internen Berichterstattung der Parteiorganisation hingegen war vorwiegend von Kritik an der Öffentlichkeit und „Ungeregeltheit“ des Tuns die Rede – und immer wieder von der „unnötigen Vernichtung von Werten“. Darin mochte auch verklausulierte Kritik stecken. Aber mehr noch kündigte sich darin schon der nächste Schritt an: Wohnungen, Möbel, Geschäfte der Juden sollten hinfert nicht mehr zerstört, sondern ihnen unversehrt weggenommen werden. Denn trotz der Kritik war man in der Regimeführung mit der Aktion nicht unzufrieden. Die stockende Politik gegen die Juden wurde in den folgenden Monaten aus-

<sup>28</sup> Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996, S. 208-218; Jerzy Tomaszewski: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938, Osnabrück 2002, S. 113–144.

<sup>29</sup> Joseph Goebbels, Tagebucheintrag vom 10.11.1938, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 124, S. 363–366.

<sup>30</sup> Antworten auf die Rundverfügung der Stapostelle Bielefeld, 14.11.1938, Kulka, Otto D.; Jäckel, Eberhard (Hg.): Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, Nr. 357–370, S. 313–324.

geweitet und forciert. Noch am Tag des Pogroms befahl Hitler, „dass nunmehr auch die wirtschaftliche Lösung durchzuführen sei.“<sup>31</sup>

Auch den Zweiflern unter den deutschen Juden führten die deutschen Behörden nun vor Augen, dass nicht mehr nur ihre gesellschaftliche Position, sondern ihr Leben in Gefahr war; und dieser Schrecken war es, der in den Folgemonaten die Auswanderungszahlen hochschnellen ließ. Bis zum Sommer 1941 verließen etwa 270.000 Juden das Land; also etwa die Hälfte der vor 1933 in Deutschland lebenden Juden. Etwa ebenso viele verblieben im Lande, bis im Jahre 1941 die Auswanderung verboten wurde. Unter den Auswanderern war der Anteil jüngerer Menschen überdurchschnittlich hoch: 1939 waren drei Viertel der zurückgebliebenen Juden älter als vierzig Jahre. Die meisten von ihnen waren mittlerweile verarmt; aus ihren Stellungen, oft auch den Wohnungen vertrieben und in „Judenhäusern“ untergebracht. Nur 16 Prozent von ihnen waren als beschäftigt gemeldet. Die Behandlung dieser noch im Reich befindlichen Juden war nunmehr in erster Linie ein Polizeiproblem. Denn bald schienen diese verarmten, isolierten, beschäftigungslosen Menschen nun tatsächlich dem Zerrbild der antisemitischen Propaganda von den schmutzigen, arbeitsscheuen und kriminellen Juden zu entsprechen, mit denen dann entsprechend zu verfahren sei. Die Isolierung und Pauperisierung, prognostizierte die SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ am 24. November 1938, werde die Juden in eine elende Existenz hinabstoßen, wodurch sie „allesamt in die Kriminalität absinken“ müssten.

Im Stadium einer solchen Entwicklung ständen wir daher vor der harten Notwendigkeit, die jüdische Unterwelt genauso auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher eben auszurotten pflegen: mit Feuer und Schwert! Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung.<sup>32</sup>

Derartige Drohungen, Ankündigungen und Prophezeiungen des Untergangs und der Vernichtung der Juden konnte man in diesen Wochen häufig hören. So hatte etwa auch Göring nach den Novemberpogromen verkündet:

Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, dass

<sup>31</sup> Besprechung im Luftfahrtministerium über die wirtschaftlichen Folgen der Pogrome, 12.11.1938, VEJ, Bd. 2, Dok. 146, S. 408–437.

<sup>32</sup> Das Schwarze Korps, 4. Jg. (1938), 24.11.1938.

auch wir in Deutschland in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.<sup>33</sup>

Wohl gemerkt, das geschah zu einem Zeitpunkt, als die Vorbereitungen auf den Krieg in Deutschland bereits auf vollen Touren liefen! Solche Bemerkungen markierten Grenzüberschreitungen. Indem sie das Gemeinte für die *eigenen* Leute hörbar explizit formulierten und für *Außenstehende* nur der Form nach verhüllten, dehnten sie den Raum des Denk- und Sagbaren aus. Und angesichts solcher Perspektiven wirkten mögliche Einwände gegen neuerliche Verschärfungen des antijüdischen Vorgehens, welche zuvor noch als unvorstellbar angesehen worden waren, nun als geradezu kleinlich.

Ihren Höhepunkt erreichten diese rhetorischen Überbietungen am 30. Januar 1939, als Hitler im Reichstag die Grundlagen und Ziele der antijüdischen Politik seines Regimes erläuterte. Zunächst legitimierte er dabei die „Arisierung“ jüdischen Eigentums:

Was dieses Volk aber heute besitzt, hat es sich auf Kosten des nicht so gerissenen deutschen Volkes durch die übelsten Manipulationen erworben. Wir machen heute nur wieder gut, was dieses Volk selbst verschuldet hat.

Wenn die Westmächte allerdings nicht bereit seien, Juden aufzunehmen, könne das jüdische Problem in Europa nicht gelöst werden, denn „Europa kann nicht mehr zur Ruhe kommen, bevor die jüdische Frage ausgeräumt ist [...] Die Welt hat Siedlungsraum genügend.“ Wenn aber das Judentum nicht abgeschoben und irgendwo in der Welt angesiedelt würde, werde es „früher oder später einer Krise von unvorstellbarem Ausmaß erliegen.“ Die darin eingeschlossene Drohung formulierte Hitler dann auch unverblümt:

Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.<sup>34</sup>

Hitlers „Prophezeiung“, auf die er in den folgenden Jahren immer wieder Bezug nahm, enthielt drei wesentliche Merkmale: Erstens erklärte Hitler hier den Nie-

<sup>33</sup> Göring bei der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium über die wirtschaftlichen Folgen der Pogrome am 12. 11. 1938, VEJ Bd. 2, Dok. 146, S. 408-437, Zit. S. 436.

<sup>34</sup> Hitler vor dem Großdeutschen Reichstag, IV Wahlperiode 1. Sitzung, vom 30.1.1939, in: VEJ, Bd. 2, Dok. 248, S. 678-680, hier S. 680.

dergang Deutschlands ebenso wie die krisenhaften Auswirkungen der politischen und kulturellen Moderne durch das Wirken der Juden. Zweitens stellte er das Wirken der Juden als Ursache für den in Deutschland seit Jahren vorbereiteten Krieg heraus. Und drittens eröffnete Hitler mit seinen Äußerungen den Anhängern des NS-Regimes die Perspektive der antijüdischen Politik. Nicht dass man hier schon gewusst hätte, wie fortan vorgegangen werden sollte. Vielmehr entwickelte der Begriff der „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“, einmal öffentlich gesagt, seine eigene Dynamik. Dahinter konnte fortan kein NS-Funktionär mehr zurück, der über die Juden sprach.